GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Die Rolle der Kategorie Geschlecht in den Demokratisierungsprozessen in Ost- und Westeuropa seit 1968

Kraft, Claudia

2009

https://doi.org/10.25595/1074

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kraft, Claudia: *Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Die Rolle der Kategorie Geschlecht in den Demokratisierungsprozessen in Ost- und Westeuropa seit 1968*, in: L' homme : Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft, Jg. 20 (2009) Nr: 2, 13-30. DOI: https://doi.org/10.25595/1074.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.7767/lhomme.2009.20.2.13

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Beiträge

Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Die Rolle der Kategorie Geschlecht in den Demokratisierungsprozessen in Ost- und Westeuropa seit 1968

Claudia Kraft

1. Blick zurück I: 1968 unter den Auspizien von 1989

Blickt man auf das Jahr 1968 aus einer Perspektive des Ost-West-Vergleichs zurück, so scheinen Unterschiede und nicht Gemeinsamkeiten zu dominieren, ja für viele politische BeobachterInnen wirkt ein solcher Vergleich sogar ausgesprochen unangemessen. Während im westlichen Europa die Schriften marxistischer Theoretiker in den studentischen Protestbewegungen große Resonanz fanden und als Grundlage einer neuen politischen Ordnung dienen sollten, wurde in Mittel- und Osteuropa grundsätzliche Kritik am bestehenden staatssozialistischen System geübt.

In einer spezifischen Lesart, wie sie sehr häufig bei den aktuellen Interpretationen des 40. Jahrestags der Ereignisse von 1968 anzutreffen ist, werden die Ereignisse von 1989 als Erfüllung der politischen Konzepte und Forderungen betrachtet, die oppositionelle und dissidentische Bewegungen im östlichen Europa in den 1960er Jahren formuliert hatten. Der Misserfolg des Staatssozialismus als Projekt einer politischen und gesellschaftlichen Modernisierung schien durch die Ereignisse des Jahres 1989 mehr als deutlich. In dieser Perspektive bedeutete 1989 die Realisierung der Reformprojekte, die 1968 unter staatssozialistischer Herrschaft gescheitert waren. Damit werden die ProtagonistInnen von 1968 im westlichen Europa mit der politischen Klugheit ihrer ebenfalls protestierenden AltersgenossInnen östlich des eisernen Vorhangs konfrontiert, die anscheinend mit bewundernswerter Weitsicht bereits vor mehr als 20 Jahren die Niederlage des staatssozialistischen Projektes vorausgedacht hatten. Somit könnte sich der Eindruck aufdrängen, dass die studentischen Proteste im westlichen Europa nichts

Online gestellt mit finanzieller Unterstützung der Universität Basel (Lehrstuhl Prof. Dr. Claudia Opitz-Belakhal).

weiter als eine bedauerliche Sackgasse auf dem Weg zu einer immer umfassenderen Demokratisierung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg waren, die nach 1945 zunächst den Westen des Kontinents und nach 1989 schließlich auch dessen östlichen Teil erreicht hatte. Damit scheinen die Neuen Sozialen Bewegungen, die in der westlichen Welt in der Folge der Protestbewegungen der späten 1960er Jahre entstanden waren und die politische Kultur seitdem nachhaltig prägten, hinter einem umfassenderen Projekt der Durchsetzung ‚universaler' politischer Rechte zu verschwinden. Das betrifft nicht zuletzt die (zweite) Frauenbewegung, die – wenngleich durchaus in oft konflikthafter Abgrenzung von den männerdominierten Studentenbewegungen entstanden[1] – zu einer der wirkungsmächtigsten und nachhaltigsten dieser neuen Politikformen wurde. Ihr Projekt einer umfassenden politischen, sozialen und kulturellen Emanzipation gerät in der Rückschau unter Kritik, indem es mit dem Anspruch staatssozialistischer Systeme, Emanzipation mit der Erwerbsarbeit von Frauen in die Tat umgesetzt zu haben, in Verbindung gebracht wird.

Sicherlich sind solche Sichtweisen vor allem in politischen und feuilletonistischen Debatten anzutreffen,[2] gleichwohl formen sie den Interpretationsrahmen mit, in dem sich geschichtswissenschaftliche Forschung bewegt.[3] Es scheint ausgesprochen schwierig zu sein, das Jahr 1968 im östlichen Europa im kollektiven Gedächtnis zu verorten, ohne dass quasi automatisch diese Verortung durch die Perspektive des Jahres 1989 beeinflusst wird. Daher ist es Ziel dieses Textes, die vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Reformprojekte, die auch für das östliche Europa im Jahr 1968 zu beobachten sind, aus einer geschlechtergeschichtlichen Perspektive, die vor allem nach den

1 Als Überblicke vgl. dazu Drude Dahlerup Hg., The New Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA, London 1986; Heinrich-Böll-Stiftung u. Feministisches Institut Hg., Wie weit flog die Tomate? Eine 68erinnen-Gala der Reflexion, Berlin 1999; Kristina Schulz, Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976, Frankfurt a. M. 2002; Alice Echols, Shaky Ground. The '60s and its Aftershocks, New York 2002, 75–94.

2 Vgl. z. B. Timothy Garton Ash, Die späte Morgendämmerung. Was hat die Wirklichkeit heftiger verändert – die Revolution von 1989 oder der Aufstand der 68er? in: Die Zeit, 21, 15. 5. 2008, 13; Richard Schröder, Neunzehnhundertachtundsechzig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 5. 2008, 8; oder auch die deutsch-polnische Diskussion über das Erbe und die Vergleichbarkeit der 1968er in Ost und West: Bettina Röhl, Jadwiga Staniszkis, Piotr Bratkowski u. Piotr Semka, Prawdziwe oblicze pokolenia '68 [Das wahre Gesicht der Generation '68], in: Fronda, 47 (2008), 76–99.

3 Für differenziertere Bestandsaufnahmen der Beziehung zwischen 1968 und 1989 vgl. Konrad H. Jarausch, 1968 and 1989: Caesuras, Comparisons, and Connections, in: Carole Fink, Philipp Gassert u. Detlef Junker Hg., 1968. The World Transformed, Cambridge 1998, 462–477; Gerd Koenen, Von 1968 nach 1989 und zurück. Osteuropa und die westdeutsche Linke, in: Osteuropa, 58, 7 (2008), 5–16; Von '68 nach '89. Jiří Dienstbier, Jiří Gruša, Lionel Jospin, Adam Michnik, Oskar Negt u. Friedrich Schorlemmer im Gespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 53, 8 (2008), 31–47; besonders interessant ist die Gegenüberstellung der Protagonistinnen bei Ingrid Miethe, 68erinnen im Westen – 89erinnen im Osten, in: Heinrich-Böll-Stiftung u. Feministisches Institut, Tomate, wie Anm. 1, 166–185.

Aushandlungsprozessen zwischen Freiheits- und Gleichheitsvorstellungen fragt, stärker in eine synchrone Betrachtungsweise zu rücken und korrespondierende Momente zwischen Ost und West herauszuarbeiten. Dabei wird der Focus ganz klar auf den Entwicklungen im östlichen Europa liegen, da diese von der Forschung bislang weitaus weniger in den Blick genommen wurden.

2. Blick zurück II: 1968 in transnationaler Perspektive

Für eine neue Perspektive auf „1968" in Ostmitteleuropa (darunter werden im Folgenden vor allem die staatssozialistischen Länder DDR, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn verstanden), ist es sinnvoll an historiographische Darstellungen der jüngsten Zeit anzuschließen, die jenes Jahr als ein transnationales oder globales Ereignis betrachten und damit die Synchronitäten stärker in den Blick nehmen.[4] Wenn „1968" nicht von vorneherein als eine rein zeitliche Koinzidenz von antikapitalistischen Protesten einerseits und Kritik am staatssozialistischen Status quo andererseits begriffen wird, treten die möglicherweise vergleichbaren Aspekte der einzelnen Protestbewegungen sowie deren transnationale Verflochtenheit in den Vordergrund. Daher sollte zumindest für einen Moment der Rahmen einer ideologisch bedingten Ost-West-Konfrontation überwunden werden, um unvoreingenommen nach den Formen der Protestbewegungen sowie den sozialen und ökonomischen Kontexten zu fragen, in denen sich die Bewegungen artikulierten.

In einer solchen Perspektive wird deutlich, dass sich die Proteste sehr häufig in Ländern mit einer relativ weit fortgeschrittenen Industrialisierung entwickelten, die ein Ergebnis des forcierten Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg darstellte – das trifft zumindest auf Nordamerika, Japan sowie in besonderem Maße auf das östliche wie das westliche Europa zu.[5] Ein gemeinsamer Zug zahlreicher Protestbewegungen scheint ein Generationskonflikt gewesen zu sein, der sich zwischen der ersten Nachkriegsgeneration (also der [Wieder-]Aufbau-Generation) und deren Kindern abspielte,

4 Vgl. Peter Birke, Bernd Hüttner u. Gottfried Oy Hg., Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009; Angelika Ebbinghaus Hg., Die 68er. Schlüsseltexte der globalen Revolte, Wien 2008; Fink/Gassert/Junker, World; wie Anm. 3; Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008; Jens Kastner u. David Mayer Hg., Weltwende 1968: ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien 2008; Martin Klimke, Jacco Pekelder u. Joachim Scharloth Hg., Between the Prague Spring and the French May 1968: Transnational Exchange and National Recontextualization of Protest Cultures, New York 2008.

5 Studentische Proteste, die sich habituell durchaus mit jenen in den Metropolen Europas und Nordamerikas vergleichen lassen, gab es 1968 jedoch auch in anderen sozioökonomischen und politischen Kontexten. An dieser Stelle sei nur an die Ereignisse des Jahres 1968 in Mexiko erinnert, vgl. etwa Gerardo Estrada Rodríguez, 1968, Estado y universidad: orígenes de la transición política en México, Mexico 2004.

welche die Ideale und Werte jener ersten Generation einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Generation, die die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs bewusst miterlebt hatte, zeichnete sich in der Nachkriegszeit durch eine konsequente Zukunftsorientierung aus: Die Schrecken des Krieges sollten so rasch wie möglich vergessen werden und dem politischen und vor allem ökonomischen Wiederaufbau wurde oberste Priorität zugestanden. Diese Aufbauphase wurde von einem sukzessiven Ausbau des höheren Bildungswesens begleitet, in dem eine Generation ausgebildet wurde, die dem Aufbaupathos der Eltern zunehmend kritisch gegenüberstand und die statt der materiellen Rekonstruktion eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einforderte – sei es mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und den damit zusammenhängenden Fragen von Täterschaft oder Kollaboration oder sei es mit der stalinistischen Vergangenheit, die den Rahmen für den forcierten Wiederaufbau im östlichen Europa gebildet hatte.[6] Jenseits des Systemkonflikts können die Protestbewegungen zudem als Ausdruck des Protestes gegen die Krisenerscheinungen spätindustrieller Gesellschaften betrachtet werden. Dabei spielte das Marxsche Konzept der „Entfremdung" unbesehen der jeweiligen Blockzugehörigkeit eine wichtige Rolle in den politischen Debatten. Es scheint daher ein sinnvoller Schlüssel zu einer transnational vergleichenden Betrachtung der Ereignisse von 1968 zu sein.

Um die Kategorie Geschlecht in jenen Debatten zu situieren, ist es sinnvoll, das Jahr 1968 in einen etwas breiteren historischen Kontext zu stellen. Dazu bietet sich etwa ein Blick auf die späten 1950er Jahre und die Verhandlung von Geschlechterkonzepten während jener Phase des „Kalten Krieges" an. Ein besonders geeignetes Beispiel stellt hier die sogenannte „Kitchen-Debate" zwischen dem Generalsekretär der *KPdSU* Nikita Chruščev und dem US-amerikanischen Vizepräsidenten Richard Nixon auf der amerikanischen Nationalausstellung in Moskau im Jahr 1959 dar. Die Politiker diskutierten über die technologischen Errungenschaften der beiden unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, wobei der Bereich der Konsumkultur als auch der der Rüstungsindustrie angesprochen wurde.[7] In diesem verbalen Überbietungswettkampf betonte Nixon die Tatsache, dass der US-amerikanische Kapitalismus nicht allein technologische Spitzenleistungen hervorbringe, sondern die moderne Industrieproduktion den KonsumentInnen ein vielfältiges Warenspektrum zur Verfügung stelle, so dass die Hausfrau etwa zwischen unterschiedlichen Arten von Waschmaschinen wählen könne.

6 Vgl. Paul Berman, Zappa meets Havel. 1968 und die Folgen – eine politische Reise, Berlin 1998, 17ff; Tony Judt, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006, 436–506.

7 Vgl. Zöe A. Kusmierz, „The glitter of your kitchen pans": The Kitchen, Home Appliances, and Politics at the American Exhibition in Moscow, 1959, in: Sebastian M. Herrmann Hg., Ambivalent Americanizations. Popular and Consumer Culture in Central and Eastern Europe, Heidelberg 2008, 253–272; sowie Susan A. Reid, Cold War in the Kitchen: Gender and the De-Stalinization of Consumer Taste in the Soviet Union under Krushchev, in: Slavic Review, 61, 2 (2002), 211–252, bes. 223–228; demnächst auch Ruth Oldenziel u. Karin Zachmann Hg., Cold War Kitchen: Americanization, Technology, and European Users, Cambridge, MA 2009.

Chruščev konterte dieses Argument mit dem Hinweis, dass in der Sowjetunion – in der die „Frauenfrage" ja ohnehin durch die Eingliederung der Frauen in den Produktionsprozess als gelöst galt – eine solche „capitalist attitude towards women" lange überwunden sei und Frauen nicht als Hausfrauen, sondern als vollständig gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft betrachtet würden, deren Leben selbstverständlich auch durch den technologischen Fortschritt erleichtert werde.[8] Die Debatte kann als ein typisches Zeugnis der systempolitischen Auseinandersetzungen im „Kalten Krieg" gelesen werden. Zugleich werden hier aber auch grundsätzliche Vorstellungen von Geschlechterarrangements deutlich, die in den kommenden Jahren den diskursiven Hintergrund für die jeweiligen Auseinandersetzungen um Frauenrechte abgeben sollten. Das von Nixon gezeichnete Bild einer im vollständig technisierten Haushalt ihres Vorstadtheims glücklichen Hausfrau und Mutter wurde bereits einige Jahre später durch Betty Friedans „The Feminine Mystique" aufgegriffen. In ihrem Buch, das in gewisser Weise den Startpunkt für die Zweite Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten darstellte und sehr bald in der gesamten westlichen Welt rezipiert und zu einem feministischen Klassiker wurde, beschreibt sie das Leben der typischen Mittelklasse-Hausfrau, die zwar die Freiheit der Wahl zwischen unter anderem verschiedenen Waschmaschinenmodellen besaß, aber gefangen war in einem Rollenverständnis, das ihre Entfaltungsmöglichkeiten in eine Matrix von Haushalt, Familie und ein sehr enges Muster von Weiblichkeitsvorstellungen band.[9]

Im Erscheinungsjahr dieses feministischen Manifestes, das unter anderem auch von der „Entfremdung" der zur Hausfrau gemachten Frau kündete, fand in Prag eine vielbeachtete Konferenz statt, die Franz Kafka gewidmet war. Auf dieser Konferenz, an der auch LiteraturwissenschaftlerInnen aus dem Westen teilnahmen, wurde über die Aktualität von Kafkas Gesellschaftsdiagnosen diskutiert und auf den fortdauernden Zustand der „Entfremdung" in den östlichen wie in den westlichen Industriegesellschaften hingewiesen. Der Organisator der Konferenz, der Prager Germanist Eduard Goldstücker, verwies auf das inhumane Element, das den modernen Industriegesellschaften eigne, gleichgültig, ob sie nach sozialistischen oder kapitalistischen Prinzipien organisiert seien.[10] Damit wurde nicht nur eine Brücke zwischen den Frühschriften von Karl Marx,

8 Vgl. The Kitchen Debate, <http//www.teachingamericanhistory.org/library/index.asp?document=176>; Zugriff: 18. 2. 2009.

9 Vgl. Betty Friedan, The Feminine Mystique, New York 1963; vgl. Daniel Horowitz, Betty Friedan and the Making of the Feminine Mystique. The American Left, the Cold War, and Modern Feminism, Amherst 1998.

10 Vgl. Eduard Goldstücker, Zusammenfassung der Diskussion, in: Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften Hg., Franz Kafka aus Prager Sicht 1963, Prag 1965, 277–288, 284 (Orig. Franz Kafka. Liblická konference 1963, Praha 1963); zu den Konferenzdebatten um den Begriff der Entfremdung vgl. auch Jiří Stromšík, Kafka aus Prager Sicht 1963. Ein Rückblick von 1991, in: Norbert Winkler u. Wolfgang Kraus Hg., Franz Kafka in der kommunistischen Welt. Kafka-Symposium 1991, Klosterneuburg, Wien/Köln/Weimar 1993, 120–143, 123f.

in denen dieser sein Konzept der „Entfremdung" entfaltet hatte, und dem Werk Franz Kafkas geschlagen, sondern auch zwischen den spätindustriellen Gesellschaften auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs". Ihre Fortsetzung fand diese Diskussion in den tschechischen Deutungen des „Prager Frühlings". In ihrem essayistischen Schlagabtausch diskutierten die beiden Schriftsteller Milan Kundera und Václav Havel bereits kurz nach der Niederschlagung der Reformbewegung an der Jahreswende 1968/69 über die politische Bedeutung des Reformversuchs. Während Havel darin lediglich eine Rückkehr zur demokratischen Realität des Westens erblicken wollte, bestand Kundera darauf, den „Prager Frühling" als ein Ereignis von weltgeschichtlicher Tragweite zu begreifen, als den einmaligen Versuch, den Herausforderungen der modernen Gesellschaft ein Programm entgegenzuhalten, das zugleich sozialistisch und demokratisch war.[11] Erneut wird hier deutlich, dass wir es mit einem transnationalen Diskussionsraum zu tun haben, in dem über die Blockgrenzen hinweg über die *conditio humana* verhandelt wurde, und dass die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme nur bis zu einem gewissen Grad trennend wirkten.

3. Geschlechterbeziehungen in Ost und West

Auch bei einer Betrachtung der Geschlechterverhältnisse im östlichen und westlichen Europa ist es lohnend, die Rahmungen des systempolitischen Konflikts nicht zu einer alles dominierenden Determinante zu machen. Sehr häufig wird dieser Konflikt als ein Einflussfaktor betrachtet, der von Anfang an eine klare Trennung der Entwicklungspfade im östlichen und westlichen Europa evozierte. Damit entsteht ein statisches Bild, in dem die anscheinend anormale und planwirtschaftliche reglementierte Entwicklung in den staatssozialistischen Ländern lediglich als Kontrastfolie für eine westeuropäische Meistererzählung der stetig zunehmenden Demokratisierung und Prosperität diente. Nicht zuletzt Tony Judt hat in seinem monumentalen Werk über die europäische Geschichte seit 1945, das im englischen Original sehr zutreffend den Titel „Postwar" trägt,[12] die Einheit der europäischen Geschichte betont, die vor allem in den ersten Nachkriegsjahren in Ost wie West durch die Bemühungen des Wiederaufbaus geprägt

11 Vgl. die Debatte in deutscher Übersetzung Milan Kundera, Das tschechische Los. Der kritische Geist – oder von großen und kleinen Völkern in der Welt, in: Lettre International, (Frühjahr 2008), 42ff (Orig. Literární Listy, 7/8, 19. 12. 1968); Václav Havel, Ein tschechisches Los? Die Rückkehr zu Vergangenheit hat nur als Aufruf an die Gegenwart Sinn, in: Lettre International, (Frühjahr 2008), 45f. (Orig. Tvář, 4, 4. 3. 1969); Milan Kundera, Irrtümer, Hoffnungen. Über echten Kritizismus, Radikalismus und moralischen Exhibitionismus, in: Lettre International, (Frühjahr 2008), 47ff (Orig. Host do domu, 15, 9. 9. 1969).

12 Vgl. Tony Judt, Postwar: a History of Europe, 1945–2005, New York, NY 2005.

war. Während des Krieges waren traditionelle Geschlechterarrangements in Bewegung geraten und ihre Restauration wurde zugunsten des Primats des materiellen Wiederaufbaus zunächst zurückgestellt. Gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit eröffneten sich für Frauen (nicht selten aufgrund materieller Zwangslagen) neue Handlungsfelder. Während im östlichen Europa die massenhafte Rekrutierung weiblicher Arbeitskräfte eines der wichtigsten Attribute des Systemumbaus darstellte, waren westlich des „Eisernen Vorhangs" zumindest für eine Übergangszeit, in der ein Mangel an männlichen Arbeitskräften herrschte, Frauen auf dem Arbeitsmarkt verstärkt präsent. Ohne diese materiell schwierige Periode des Wiederaufbaus idealisieren zu wollen, sollte diese Verwischung ehemals anscheinend stabiler Geschlechtergrenzen im Bereich der Erwerbsarbeit nicht gering geachtet werden. Seit den 1950er Jahren kann für beide Teile Europas eine Rückkehr traditioneller Geschlechterarrangements beobachtet werden. Diese Restauration war auch von hoher symbolpolitischer Bedeutung, schien sie doch das Ende einer von Umbrüchen und Entbehrungen gekennzeichneten unmittelbaren Nachkriegszeit anzuzeigen.

Blickt man auf die Geschlechterverhältnisse während der Entstalinisierungsphase in den staatssozialistischen Ländern, so wird deutlich, dass gerade die Rückkehr zu traditionelleren Modellen der geschlechtlichen Arbeitsteilung und Rollenzuschreibungen von den neuen poststalinistischen Eliten als quasi gleichbedeutend mit der Überwindung des Stalinismus und der Re-Etablierung einer ‚guten' gesellschaftlichen Ordnung gesehen wurde. Während der stalinistischen Herrschaft hatten die Staatsparteien versucht, Frauen massenhaft ins Erwerbsleben einzugliedern und sie vor allem auch in Bereichen einzusetzen, die zuvor als Männerdomänen betrachtet worden waren. Diese Strategie galt nun als eine der politischen Verfehlungen des Stalinismus. Um sich nachhaltig gegenüber dieser politischen Formation abzugrenzen, bemühten sich die neuen Machthaber, die Erwerbstätigkeit von Frauen etwa in den (gut bezahlten) Bereichen der (Schwer-)Industrie mit dem Hinweis auf die einer solchen Tätigkeit angeblich entgegenstehenden „weiblichen Eigenschaften" einzuschränken, wobei auf die schwächere Physis und die (gesellschaftliche) Bedeutung von Mutterschaft abgehoben wurde.[13] Sowohl für die Zeit des Stalinismus in Ostmitteleuropa als auch in den sich daran anschließenden Liberalisierungsprozessen unterlag die sogenannte Frauenfrage damit einer Politisierung: Für die Staatsparteien, für die die Emanzipation durch Erwerbsarbeit in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren ein zentraler Aspekt des gesellschaftlichen Umbaus war, galten Frauen als besonders „rückständig" und dem sozialistischen Modernisierungsprojekt skeptisch gegenüberstehend; sie wurden damit primär zu Adressatinnen von politischer Agitation und von *social engineering* während des Stalinismus.[14] Die sich als Reformpoli-

13 Vgl. dazu für den polnischen Fall Małgorzata Fidelis, Equality through Protection: The Politics of Women's Employment in Postwar Poland, 1945–1956, in: Slavic Review, 63, 2 (2004), 301–324.

tiker gebenden Funktionäre der Entstalinisierungsphase nutzten ihrerseits die Frauenfrage als einen Indikator für den jeweiligen Stand politischer Liberalisierung. So grenzten sich etwa die neuen politischen Eliten in Polen nach 1956 vom Stalinismus ab, indem sie die rein quantitative pronatalistische Familienpolitik ihrer Amtsvorgänger kritisierten und ein Konzept von „bewusster Mutterschaft" entwarfen, das wieder stärker auf traditionelle Geschlechterrollen rekurrierte.[15] Damit ging es beim Reden über Geschlechterverhältnisse um weit mehr als um die (gerechte) Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen Männern und Frauen: Die Kategorie Geschlecht schrieb sich zudem wirkungsmächtig in ein diskursives Feld ein, in dem über politische Legitimität verhandelt beziehungsweise diese Legitimität erst hergestellt wurde.

In der sozialwissenschaftlichen Forschung wurde und wird die Sozialpolitik in den sozialistischen Staaten des östlichen Europas vor allem für ihren umfassenden paternalistischen Regulierungsanspruch kritisiert, der zu umfassender Ingerenz des Staates in das Leben seiner BürgerInnen führte und diesen Loyalität im Gegenzug für die materiellen Leistungen abverlangte.[16] Aus geschlechtergeschichtlicher sowie aus feministischer Perspektive wird zudem auf das Fortbestehen einer nach Geschlechterrollen organisierten Arbeitsteilung und einer strukturellen Benachteiligung von Frauen im Erwerbssektor sowie auf die damit zusammenhängende Kontinuität von Rollenvorstellungen und Geschlechterstereotypen in den Gesellschaften des „real existierenden Sozialismus" hingewiesen.[17] Doch nicht nur aus der Außenperspektive oder Rückschau rief die Gestaltung der Geschlechterbeziehungen durch die staatssozialistische Wohlfahrts-

14 Vgl. dazu für Polen neben Fidelis auch Basia A. Nowak, Constant Conversations: Agitators in the League of Women in Poland During the Stalinist Period, in: Feminist Studies, 31, 3 (2005), 488–518; für die Slowakei Marína Zavacká, Die Geschlechter- und Familienthematik auf den Kreiskonferenzen der Kommunistischen Partei der Slowakei 1949–1958, in: Claudia Kraft Hg., Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Soziale Praxis und Konstruktionen von Geschlechterbildern, München 2008, 125–136; für Ungarn Joanna Goven, Gender and Modernism in a Stalinist State, in: Social Politics, (Spring 2002), 3–39; sowie Eva Fodor, Smiling Women, Fighting Men, in: Gender and Society, 16, 2 (2002), 240–263.

15 Vgl. Małgorzata Fidelis, „A Nation's Strength Lies Not in Numbers": De-Stalinsation, Pro-Natalism, and the Abortion Law of 1956 in Poland, in: Kraft, Geschlechterbeziehungen, wie Anm. 14, 203–215.

16 Vgl. Toni Makkai, Social Policy and Gender in Eastern Europe, in: Diane Sainsbury Hg., Gendering Welfare States, London 1994, 188–205; Konrad R. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 20 (1998), 33–46.

17 Vgl. Susanne Diemer, Patriarchalismus in der DDR. Strukturelle, kulturelle und subjektive Dimension der Geschlechterpolarisierung, Opladen 1994, 46ff; Hana Havelková, Women In and After a „Classless" Society, in: Christine Zmroczek u. Pat Mahony Hg., Women and Social Class – International Feminist Perspectives, London 1999, 69–84; Sławomira Walczewska, Damy, rycerzy, feministiki. Kobiecy dyskurs emancypacyjny w Polsce [Damen, Ritter, Feministinnen. Der weibliche Emanzipationsdiskurs in Polen], Kraków 2000², 87ff; Lynne Haney, Inventing the Needy. Gender and the Politics of Welfare in Hungary, London 2002; Mark Pittaway, Eastern Europe 1939–2000, London 2004, 109–131; Natali Stegmann, Die Aufwertung der Familie in der Volksrepublik Polen der siebziger Jahre, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas, 53, 4 (2005), 526–544.

politik Kritik hervor. Blickt man auf die wissenschaftliche Selbstbeschreibung der Sozialpolitiken und der Wohlfahrtsregime in den staatssozialistischen Ländern selbst, so fällt auf, dass gerade seit den 1960er Jahren Wissenschaftlerinnen ebenfalls kritisch auf die in diesen Rahmungen entstandenen Geschlechterarrangements schauten. Diese Kritik ist umso interessanter, da sie nicht vor der Folie einer (als Norm angenommenen) westeuropäischen Wohlfahrtsstaatlichkeit erfolgte, sondern den „real existierenden Sozialismus" als Bezugsrahmen nahm.

Forscherinnen wie die polnische Soziologin Magdalena Sokołowska oder die ungarische Philosophin Ágnes Heller forderten in den 1960er Jahren eine Reformulierung der Geschlechterbeziehungen, wobei sie vor allem auf die Notwendigkeit eines neuen Konzepts von Männlichkeit hinwiesen.[18] Es sei nicht ausreichend, den Frauen – vor dem Hintergrund der Anpassung an das Modell männlicher Erwerbsarbeit – lediglich neue Pflichten zu übertragen; vielmehr wurde von diesen Wissenschaftlerinnen nun auch ein Rollenwandel in inter-personellen und innerfamiliären Beziehungen eingefordert. Damit übten sie auch Kritik an der bisherigen staatsozialistischen Praxis, in der Emanzipation durch die Eingliederung der Frauen in den Erwerbssektor erreicht werden sollte, ohne dass über neue berufliche und familiäre Aufgabenverteilungen nachgedacht worden wäre. Kritisiert wurde dabei, dass der menschliche (und vor allem der männliche) Bewusstseinswandel hinter dem politischen und ökonomischen Institutionenwandel zurückgeblieben sei.[19]

Blickt man auf die historischen Akteurinnen, so verdeutlichen neuere Untersuchungen zur weiblichen Erwerbsarbeit im Staatssozialismus, dass erwerbstätige Frauen trotz beziehungsweise gerade wegen der fortbestehenden ‚Doppelbelastung' neue Identitätsentwürfe entwickelten, die zur Quelle eines weiblichen Selbstbewusstseins werden konnten.[20] Hier fand also durchaus ein von den Sozialwissenschaften eingeforderter Bewusstseinswandel statt. Dagegen blieb die Sozialpolitik in den staatssozialistischen Gesellschaften weiterhin den Paradigmen einer traditionellen Familienpolitik verhaftet, die häufig in extremer Weise (etwa in Form der „Muttipolitik"[21] in der DDR) alther-

18 Vgl. Magdalena Sokołowska, Frauenemanzipation und Sozialismus. Das Beispiel der Volksrepublik Polen, Reinbek 1973, 137–149; Ágnes Heller, The Future Relation of the Sexes, in: The Humanization of Socialism, London 1976, 27–41; Alena Köhler-Wagnerová, Die Frau im Sozialismus – Beispiel ČSSR, Hamburg 1974, 124–135; demnächst auch Hana Havelková, Gender Research Without Gender Perspective, in: Ulf Brunnbauer, Claudia Kraft u. Martin Schulze Wessel Hg., Die wissenschaftliche Selbstbeschreibung der sozialistischen Gesellschaft: Soziologie und Ethnologie/Ethnographie in Ostmittel- und Südosteuropa 1945–1989 (ersch. München 2010).

19 Vgl. Magdalena Sokołowska, The Women Image in the Awareness of Contemporary Polish Society, in: The Polish Sociological Bulletin, 35, 3 (1976), 41–50.

20 Vgl. Dana Musilová, Der Einfluss bezahlter Arbeit auf weibliche Identitätsbildungsprozesse in der Tschechowslowakei der Nachkriegszeit, in: Kraft, Geschlechterbeziehungen, wie Anm. 14, 165–186.

21 Mit „Muttipolitik" wurden sozialpolitische Maßnahmen bezeichnet, die es berufstätigen Müttern erleichtern sollten, ihren „Familienpflichten" nachzukommen; dazu gehörten z. B. bezahlte Hausarbeitstage oder Gleitzeitarbeit sowie die Ausweitung von Mutterschutzregelungen, vgl. dazu etwa Heike Trappe, Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995.

gebrachte Vorstellungen von Geschlechterarrangements festschrieb. Durch die oben skizzierte Kritik am Ausbleiben einer Reformulierung von Geschlechterleitbildern wurde aber auch in Ostmitteleuropa der rein abstrakte Gleichheitsdiskurs kritisiert; somit war seit den 1960er Jahren nicht nur in Westeuropa „das Private politisch" geworden. Auch in den staatssozialistischen Gesellschaften regte sich in dieser Zeit Unmut über die Kluft zwischen einer formalen Gleichheitsrhetorik und einer fortdauernden Benachteiligung von Frauen, die auf der Annahme einer am männlichen Maßstab gemessenen Norm beruhte. In dieser Hinsicht scheinen das Jahr 1968 und seine Konsequenzen eher der Endpunkt einer Phase der Konvergenz zu sein. Im westlichen Europa nahm die generelle Gesellschafts- und Herrschaftskritik zunehmend auch die Geschlechterbeziehungen als Feld von Machtverhältnissen in den Blick. Aus dieser Analyse wurden praktische Handlungsanleitungen abgeleitet, in deren Konsequenz die Zweite Frauenbewegung als eine der nachhaltigsten Neuen Sozialen Bewegungen entstand.[22] Dagegen spielten Fragen der Geschlechterbeziehungen und Konzepte von geschlechtlicher Gleichheit und Differenz in den dissidentischen Zirkeln, die sich in den staatssozialistischen Ländern seit den späten 1960er Jahren bildeten und die sehr erfolgreich waren, eine Art von Gegengesellschaft innerhalb des Staatssozialismus zu etablieren, keine wahrnehmbare Rolle mehr.

4. Politische Konzepte des Jahres 1968 und ihre Folgen

Das Jahr 1968 präsentiert für Ostmitteleuropa ein höchst komplexes und vielschichtiges Bild. Dazu seien nur ganz kursorisch die Ereignisse in der DDR, Polen und der Tschechoslowakei angesprochen: Die demokratische Bewegung in der Tschechoslowakei fand ihren Ursprung in Forderungen nach politischer Pluralisierung und ökonomischen Reformen, die von Mitgliedern der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (*Komunistická strana Československa*, KPČ), formuliert wurden und aus denen sich dann eine breite Massenbewegung entwickelte.[23] Die studentischen Proteste in Polen richteten sich gegen die Stagnation und die restaurativen Tendenzen der späten Gomułka-Ära, die vor allem in der Kulturpolitik zu beobachten waren. Sie riefen als Gegenreaktion eine heftige antisemitische Kampagne der Vereinigten Polnischen Arbeiter-

22 Vgl. Ricarda Strobel, Die neue Frauenbewegung, in: Werner Faulstich Hg., Die Kultur der 70er Jahre, München 2004, 259–272; Gisela Notz, Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Entstehungsgeschichte – Organisationsformen – politische Konzepte, in: Archiv für Sozialgeschichte, 44 (2004), 123–148; Heinrich-Böll-Stiftung/Feministisches Institut, Tomate, wie Anm. 1.

23 Zur Tschechoslowakei vgl. Zdeněk Mlynář, Der tschechoslowakische Versuch einer Reform 1968. Die Analyse seiner Theorie, Köln 1975; Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung, Bremen 1995.

partei *(Polska Zjednoczona Partia Kobotnicza)* hervor, die nicht zuletzt die innerparteilichen Lagerkämpfe offenlegte.[24] In der DDR verbanden Studierende die Kritik an ihren Eltern, welche den bereits angesprochenen Generationenkonflikt widerspiegelte, mit einer lebhaften Rezeption und Aneignung populärer Habitus- und Protestformen ihrer AltersgenossInnen in Westdeutschland und mit Sympathiebekundungen für die Entwicklungen im „Prager Frühling".[25] Trotz dieser sehr unterschiedlichen Intensitäten und Kontexte der Proteste bleibt festzuhalten, dass 1968 durchaus als transnationales Ereignis betrachtet werden kann, bei dem gerade der Generationenkonflikt und das Unbehagen an bestehenden Machtverhältnissen und sozialen Strukturen eine allgegenwärtige Präsenz aufwiesen.[26]

Interessanterweise kann man für die 1960er Jahre recht lebhafte Austauschbeziehungen zwischen der zweiten Nachkriegsgeneration in Ost- und Westeuropa beobachten. Die tschechische Soziologin Jiřína Šiklová, die aufgrund ihres Engagements für den tschechoslowakischen Reformkommunismus ihren Arbeitsplatz an der Prager Universität verlieren sollte und später eine der UnterzeichnerInnen der „Charta 77" wurde, korrespondierte im Jahr 1968 mit Daniel Cohn-Bendit und Rudi Dutschke über gesellschaftspolitische Reformentwürfe.[27] Im kalifornischen Berkeley interessierte man sich für Šiklovás Schriften ebenso wie für die von Václav Havel, Adam Michnik oder György Konrád.[28] Vielleicht kann bis einschließlich zum Jahr 1968 von einer Art „internationalen Diskursgemeinschaft"[29] gesprochen werden, die sich vor allem auf personelle Kontakte, den Transfer von Publikationen und auf Übersetzungen stützte. Bis ins Jahr 1968 fanden so feministische Publikationen ihren Weg ins östliche Europa und wurden dort gelesen und diskutiert. Es scheint, als passten Themen wie Geschlechterbeziehungen und das Nachdenken über Geschlechtergleichheit in das Klima des politischen Auf- und Umbruchs in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts. Vor allem in der Tschechoslowa-

24 Zu Polen vgl. Marcin Kula Hg., Marzec 1968. Trzydzieści lat później [März 1968. Dreißig Jahre später], Warszawa 1998; Jerzy Eisler, Polski rok 1968 [Das polnische Jahr 1968], Warszawa 2006; Hans-Christian Petersen, Der polnische März 1968: nationales Ereignis und transnationale Bewegung, in: Osteuropa, 58, 7 (2008), 71–86.

25 Zur DDR vgl. Stefan Wolle, Der Traum von der Revolution. Die DDR 1968, Berlin 2008; Ute Kätzel, Eva Berthold und die Kommune 1 Ost, in: dies., Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Berlin 2002, 221–237; Franziska Groszer, Aufbruch und andere Brüche. Die Kommune 1 Ost – Eine Collage, in: Heinrich-Böll-Stiftung/Feministisches Institut, Tomate, wie Anm. 1, 141–153.

26 Vgl. Immanuel Wallerstein, 1968: eine Revolution im Weltsystem, in: Etienne François Hg., 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig 1997, 19–33; Paulina Bren, 1968 East and West. Visions of Political Change and Student Protest From Across the Iron Curtain, in: Gerd-Rainer Horn u. Padraic Kenney Hg., Transnational Moments of Change. Europe 1945, 1968, 1989, Lanham 2004, 119–135; Frei, 1968, wie Anm. 4, 189–207.

27 Vgl. Wilma A. Iggers, Women of Prague. Ethnic Diversity and Social Change from the Eighteenth Century to the Present, Oxford 1995, 336–363.

28 Vgl. Shana Penn, Podziemie kobiet [Der Untergrund der Frauen], Warszawa 2003, 13f.

29 Ute Kätzel, Kommune 1 Ost, in: Freitag, 52, 20. 12. 2002.

kei gingen politische und philosophische Reflexionen über eine gerechte soziale und politische Ordnung oft mit dem Nachdenken über die Geschlechterverhältnisse einher. Letztere schienen auf gewisse Weise als ein Indikator für die von den Reformern eingeforderte Humanität der gesellschaftlichen Ordnung betrachtet zu werden. Hier wiederholte sich ein Muster im tschechischen politischen Denken, das schon für frühere Epochen zu beobachten ist: Die Meisterzählung der tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert – als eine Geschichte der sukzessiven Durchsetzung von demokratischen und freiheitlichen Verhältnissen – vereinnahmte auch die gerechte Lösung der „Frauenfrage" für sich. 1966 erschien die tschechische Ausgabe von Simone de Beauvoirs „Le deuxième sexe", die von dem Philosophen Jan Patočka eingeleitet wurde.[30] Dort betonte er den engen Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung der Geschlechterbeziehungen und einer gerechten Gesellschaftsordnung.[31]

Folgt man diesen Transferprozessen, könnte man formulieren, dass sowohl die Reform- und Oppositionsbewegungen im östlichen als auch die Neue Frauenbewegung im westlichen Europa sich besonders für die komplexe Beziehung zwischen Gleichheit und Freiheit interessierten. Die Diskussionen zielten darauf eine Situation zu vermeiden, in der die Gewährleistung von Gleichheit nur durch die Beschneidung von Freiheit zu erreichen gewesen wäre. Die Neue Frauenbewegung entwickelte ein politisches Projekt, das nicht einfach das klassische liberale Ideal individueller Freiheitsrechte zum Bezugsrahmen machte, sondern entwarf die Vorstellung einer Gesellschaft, die Differenzen akzeptieren und dabei gleichwertige Lebenschancen garantieren konnte. Damit wurde das bloße Hinzuaddieren von Frauen zu einem System zurückgewiesen, das sich weiterhin an einer angeblich universalen, tatsächlich aber männlich gedachten Norm orientierte. Stattdessen wurde eine grundsätzliche Revision der gesamten sozialen, politischen und kulturellen Ordnung gefordert.[32] Während des „Prager Frühlings" entwickelten die dortigen Protagonisten ganz ähnliche Konzepte von „Gleichheit in der Differenz". Die Philosophin Irena Dubská etwa forderte in ihrer Rezension der tschechischen Ausgabe von „Le deuxième sexe" eben diese Form von Gleichheit und wollte die Frau nicht als den „anderen", vom Mann abgeleiteten, sondern als den „weiblichen

30 Simone de Beauvoir, Druhé pohlaví, Praha 1966 (Orig. Paris 1949); 1967 erschien das Buch bereits in der 2. und 3. Auflage, was ebenfalls von einer intensiven Rezeption zeugt.

31 Vgl. Hana Havelková, Die liberale Geschichte der Frauenfrage in den tschechischen Ländern, in: dies. Hg., Gibt es ein mitteleuropäisches Familienmodell? Dokumentation des internationalen Symposiums in Prag 24.–25. November 1994, Prag 1995, 19–33, 22–26; kritisch zum Topos der Harmonie in den tschechischen Geschlechterbeziehungen Jitka Malečková, Looking at „First Wave Feminism" from Eastern Europe, in: Johanna Gehmacher u. Natascha Vittorelli Hg., Wie Frauenbewegung geschrieben wird. Historiographie, Dokumentation, Stellungnahmen, Bibliographien, Wien 2009, 263–265.

32 Vgl. für das westliche Europa und die USA Echols, Ground, wie Anm. 1, 75–94; Schulz, Atem, wie Anm. 1; Yasmine Ergas, Der Feminismus der siebziger Jahre, in: Georges Duby u. Michelle Perrot Hg., Geschichte der Frauen, Bd. 5: 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1995 (Orig. Paris 1992), 559–580.

Menschen" betrachtet wissen. Damit wurde das staatssozialistische Konzept der Emanzipation durch Erwerbsarbeit, in dem die Frauen lediglich dem bislang männlich dominierten Erwerbssektor hinzugefügt wurden, nachhaltig herausgefordert.[33]

Doch trotz dieser diskursiven Parallelen von 1968 scheint das Jahr der weltweiten Studierendenproteste, Streiks und Happenings in der Retrospektive eher der Endpunkt einer konvergierenden Entwicklung als der Ausgangspunkt eines gemeinsamen Take off der Neuen Sozialen Bewegungen im Westen und der von nun an ständig an Bedeutung zunehmenden dissidentischen Gruppierungen im Osten gewesen zu sein.[34] Die Niederschlagung des „Prager Frühlings" sowie der studentischen Proteste in Polen und (in weit geringerem Ausmaß) in der DDR bedeutete den Beginn einer neuen Phase der Regimekritik in Mittel- und Osteuropa. Während seit Mitte der 1950er bis in die späten 1960er Jahre die Revision und nicht die Abschaffung des Kommunismus zur Diskussion gestanden hatte, etablierten die DissidentInnen seit 1968 eine neue politische Agenda der Opposition. Diese war sich nämlich im Laufe der Zeit zunehmend bewusst geworden, dass eine nachhaltige Reform der staatsozialistischen Gesellschaftsordnung im Rahmen der bestehenden Machtverhältnisse nicht möglich war. Daher schlugen die dissidentischen AktivistInnen nun einen neuen Weg ein. Sie plädierten für ein ganz neues System sozialer und politischer Werte, bei deren Verwirklichung nicht mehr die Systemtransformation, sondern das Individuum und dessen persönliche Integrität zentral waren. Auf den ersten Blick könnte dieser Paradigmenwechsel als eine weitere interessante Parallele zwischen Neuen Sozialen Bewegungen und DissidentInnen erscheinen, traten doch beide für eine radikale Herausforderung der bestehenden politischen Ordnung und ihrer kulturellen Repräsentationen ein und betonten die Bedeutung individueller Subjektentwürfe. Liegt es hier nicht nahe, die „Antipolitik" György Konráds oder den „Versuch, in der Wahrheit zu leben" Václav Havels an die Seite des radikalen Subjektivismus der ProtagonistInnen der neuen Frauenbewegung zu stellen?[35] Doch anscheinend haben wir es hier mit zwei unterschiedlichen Konzepten des ‚Subjekts' zu tun. Um diesen Subjektbegriff näher zu erläutern, werde ich im abschließenden Teil meiner Ausführungen einen recht kursorischen Überblick über die Entwicklung der ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen nach 1968 geben und dabei vor allem auf deren Konsequenz für die Frage nach Geschlechterarrangements und Geschlechtergleichheit eingehen.

33 Vgl. Irena Dubská, Kdo je žena? (Simone de Beauvoir: Druhé pohlaví) [Wer ist die Frau?], in: Sociologický Časopis, 3 (1967), 307–315.

34 Zu den Divergenzen vgl. zuletzt Christoph Kleßmann, 1968 in Ost und West. Historisierung einer umstrittenen Zäsur, in: Osteuropa, 58, 7 (2008), 17–30; Jacques Rupnik, Zweierlei Frühling: Paris und Prag 1968, in: Transit. Europäische Revue, 35 (2008), 129–137; siehe auch die von Jürgen Danyel für die *Kulturstiftung des Bundes* und das *Zentrum für Zeithistorische Forschung* in Potsdam herausgegebenen Bände Transforming 68/89, Performing 68/89, Misunderstanding 68/89, Crossing 68/89, Berlin 2008.

35 Vgl. György Konrád, Antipolitik: mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt a. M. 1985; sowie Václav Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben: von der Macht der Ohnmächtigen, Reinbek 1980.

5. Die Konsequenzen von 1968 in geschlechtergeschichtlicher Perspektive

Während in den westeuropäischen Gesellschaften die AktivistInnen der zweiten Welle des Feminismus vor dem Hintergrund einer Reformulierung der Beziehung zwischen Freiheit und Gleichheit das Private für politisch erklärten, entwickelte sich im östlichen Europa in der Zeit nach 1968 ein zunehmend gewandeltes Verständnis von Privatheit. Diese, vielmehr der Nahraum der Familie galt nun als ein Bereich, der auf jeden Fall vor staatlichen Einmischungsversuchen zu schützen war. Die seit den 1970er Jahren stark ausgebaute Sozialpolitik[36] zielte ebenso wie die stärkere Berücksichtigung der Konsuminteressen der Bevölkerung darauf, vor allem sozial motivierte politische Proteste ruhigzustellen, und stieß in dissidentischen Kreisen auf Kritik. Die mit dem Konsumsozialismus forcierte „Entpolitisierung des Alltagslebens“[37] wurde dabei ebenso abgelehnt wie der Versuch, über wohlfahrtsstaatliche Leistungen die Disziplinargewalt über das Privatleben der BürgerInnen auszudehnen.[38] Somit wurde Privatheit im Staatssozialismus grundsätzlich anders codiert als im Verständnis der Neuen Frauenbewegung im Westen – und zwar sowohl, wenn sich die Vielen in ihre Nische zurückzogen, als auch, wenn die DissidentInnen den Aufbau einer „Gegengesellschaft“ betrieben. Der Aufbau solcher Gegengesellschaften beinhaltete die Schaffung gesellschaftlicher Räume, zu denen die Staatsmacht keinen Zutritt haben sollte und in denen der oder die Einzelne sich in ihren individuellen Freiheitsrechten geschützt fühlen konnte.[39]

In den dissidentischen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre spielte das Thema Geschlechtergleichheit keine Rolle. Im Zentrum der Diskussionen standen nun anscheinend universale Menschenrechte, deren Einhaltung nicht zuletzt mit Berufung auf transnationale Appellationsinstanzen, wie sie etwa durch die Schlussakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ aus dem Jahr 1975 geschaffen worden waren, von den DissidentInnen eingefordert wurde.[40] Es wäre an dieser Stelle zu überlegen, ob auf

36 Vgl. Peter Hübner u. Christa Hübner, Sozialismus und soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976, Köln 2008.

37 Vgl. dazu für den ungarischen Fall: Ferenc Fehér, „Kádárismus“: Analyse des tolerantesten Blocklandes Osteuropas, in: ders. u. Ágnes Heller, Diktatur über die Bedürfnisse. Sozialistische Kritik osteuropäischer Gesellschaftsformationen, Hamburg 1979, 119–157, 148ff; Christoph Boyer u. Peter Skyba Hg., Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR, Dresden 1999.

38 Vgl. dazu die hellsichtige Analyse der poststalinistischen UdSSR unter Nikita Chruščev von Susan A. Reid, die auch Seitenblicke auf Ostmitteleuropa wirft und mit dem Foucaultschen Konzept der Gouvernementalität das Kontroll- und Disziplinierungspotential staatlicher Sozial- und Konsumpolitik analysiert, Reid, War, wie Anm. 7, 215ff.

39 Vgl. Claudia Kraft, Paradoxien der Emanzipation. Regime, Opposition und Geschlechterordnungen im Staatssozialismus seit den späten 1960er-Jahren, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 3, 3 (2006), 381–400, auch unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208707/Default.aspx>; Zugriff: 20. 2. 2009.

40 Vgl. Christian Domnitz, Der Traum von Helsinki. Bürgerrechtler entwickeln Ideen einer neuen europäischen Ordnung, in: Deutschland-Archiv, 40, 1 (2007), 76–86; Judt, Geschichte, wie Anm. 6, 640–670.

diese Weise hier nicht ein bereits aus der Geschichte der Ersten Frauenbewegung bekanntes Muster erneut sichtbar wird – nämlich die Zurückstellung genuin frauenpolitischer An-liegen hinter „übergeordnete" Ziele: dies waren in Ostmitteleuropa im 19. und frühen 20. Jahrhundert die „nationale Frage", während der Zeit des Staatssozialismus der Konflikt zwischen Staatsmacht und Opposition um politische Freiheitsrechte.[41] Eine solche Sichtweise vermitteln auf jeden Fall Interviews, die nach dem Ende des Staatssozialismus mit Frauen geführt wurden, die in den DissidentInnenbewegungen aktiv waren und über ihr Verhältnis zum Feminismus reflektieren. Das Argumentationsmuster ist jeweils sehr ähnlich: „Frauen und Männer [standen] gleichermaßen unter dem Druck des Staates ... und deswegen dachten die Frauen, dass das Frauenproblem, aus der Perspektive der Frauen gesehen, nicht so wichtig sei", so beschreibt es Jiřina Šiklová.[42] Die Aktivistin der jugoslawischen 68er-Bewegung, Svetlana Slapšak, formuliert in Bezug auf ihre Rolle in der Opposition der 1970er Jahre: „Damals war ich mehr Dissidentin als Feministin."[43] Und Ingrid Miethe beantwortet die Frage, warum die Frauen, die sich in der DDR in den 1980er Jahren in der Vereinigung „Frauen für den Frieden" engagiert hatten, ungerechte Geschlechterverhältnisse nicht thematisierten, auf der Grundlage lebensgeschichtlicher Interviews folgendermaßen: „Bis zuletzt ist aber für die Frauen der Kampf gegen ein als Diktatur verstandenes System dominant geblieben."[44]

Die Rhetorik universaler Menschenrechte verstellte den Blick auf die fortdauernden Assymetrien in den Geschlechterbeziehungen – und zwar nicht nur den ZeitgenossInnen, sondern auch den wissenschaftlichen BeobachterInnen. So erklären zum Beispiel die Sozialwissenschaftler Jan Wielgehs und Detlef Pollack die besondere Nützlichkeit der Menschenrechtsrhetorik mit ihrer vorgeblichen Universalität, die es den Systemkritikern ermöglicht habe, den Topos der Menschenrechte auf unterschiedliche Situationen und Gruppen anzuwenden.[45] Schauen wir jedoch auf die Selbstwahrnehmung der DissidentInenn, so

41 Auf diese diskursive Rahmung weist auch Natascha Vittorelli hin: Wie Frauenbewegung geschrieben wird. Historisierung und Historiographie am Beispiel von Frauenbewegungen der Habsburgermonarchie, in: Gehmacher/Vittorelli, Frauenbewegung, wie Anm. 31, 103–133, 107ff.

42 Interview mit Jiřina Šiklová, in: Doris Liebermann, Jürgen Fuchs u. Vlasta Wallat Hg., Dissidenten, Präsidenten und Gemüsehändler. Tschechische und ostdeutsche Dissidenten 1968–1998, Essen 1998, 85–94, 89.

43 Svetlana Slapšak, Mein Feminismus ist eine logische Konsequenz von 1968, in: Boris Kanzleiter u. Krunoslav Stojaković Hg., „1968" in Jugoslawien: Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975. Gespräche und Dokumente, Bonn 2008, 92–103, 102.

44 Miethe, 68erinnen, wie Anm. 3, 178; ähnliche Befunde für die Erfahrungen polnischer Dissidentinnen bei Anna Reading, Polish Women, Solidarity and Feminism, London 1992; sowie Kristi S. Long, We all Fought for Freedom. Women in Poland's Solidarity Movement, Boulder, Col. 1996 (auch diesen Studien liegen lebensgeschichtliche Interviews zugrunde).

45 Jan Wielgohs u. Detlef Pollack, Conclusion: Comparative Perspectives on Dissent and Opposition to Communist Rules, in: dies. Hg., Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition, Aldershot 2004, 231–266.

wird deutlich, dass die Kategorie Geschlecht keinerlei Rolle in den politischen Diskussionen spielte. Die abstrakte Rhetorik der universalen Menschenrechte blendete die soziale und materielle Situation von Frauen aus, und im Zentrum des politischen Konflikts stand das Ideal des freien Bürgers, der eine Herausforderung für den totalitären Staat darstellte. Für Dissidentinnen galt in einer solchen Position Feminismus als reiner Luxus – oder um es mit Václav Havel zu formulieren: „Feminismus war Dada".[46] Ähnlich wie in der marxistischen Theorie wurde die Frauenfrage von den DissidentInnen bestenfalls als „Nebenwiderspruch" betrachtet[47] – und nicht mehr wie noch zu Zeiten des „Prager Frühlings" als einer der wichtigsten Indikatoren für eine gerechte und freiheitliche Gesellschaftsordnung. Allerdings zeigen neue Untersuchungen, die sich auf lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen Dissidentinnen stützen, dass die Kategorie Geschlecht durchaus eine Rolle im Wirken und in der Selbstperzep-tion dieser Frauen spielte. So hat Petra Schindler-Wisten etwa für den tschechischen Fall nachgewiesen, dass Dissidentinnen die staatliche Repressionsgewalt sehr viel unmittelbarer empfanden, beeinflusste doch ihre oppositionelle Tätigkeit den familiären Bereich, für den weiterhin vor allem Frauen die Verantwortung trugen, nachhaltig. Oppositionelles Handeln betraf und gefährdete die Familie in ganz besonderem Maße, öffnete aber auch spezifische Handlungsräume für Dissidentinnen, die von diesen jedoch in der Rückschau nicht unbedingt als genuin „politisch" definiert werden.[48]

Die „Gegengesellschaften", die sich seit den 1970er Jahren erfolgreich in den staatssozialistischen Ländern etablieren konnten, hatten drastische Folgen für die Positionierung der Geschlechterfrage im politischen Diskurs. Die durch die Staatspartei und ihren allseitigen Regelungsanspruch dominierte politische Öffentlichkeit konfrontierten die DissidentInnen mit einer auch als „Zivilgesellschaft" titulierten Gegenöffentlichkeit. Diese wird in der Retrospektive häufig als der genuine Beitrag der ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen zur politischen Kultur Europas bezeichnet.[49] Darüber sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es eine weitere wichtige Sphäre gab, den privaten

46 Václav Havel, Anatomie einer Zurückhaltung, in: ders., Am Anfang war das Wort. Texte von 1969 bis 1990, Hamburg 1990, 115–159, 139.

47 Vgl. Chris Corrin, Socialist thinking and Women's Liberation, in: dies., Feminist Perspectives on Politics, London/New York 1999, 42–64.

48 Vgl. Petra Schindler-Wisten, Der Einfluss der Tätigkeit im Dissens auf das Familienleben in der Zeit der so genannten Normalisierung, in: Kraft, Geschlechterbeziehungen, wie Anm. 14, 231–250; ähnliche Befunde für den polnischen Fall in der Interviewsammlung von Ewa Kondratowicz, Szminka na sztandarze. Kobiety w „Solidarności" 1980–1989. Rozmowy [Der Lippenstift auf der Fahne. Frauen in der „Solidarität" 1980–1989. Gespräche], Warszwa 2001.

49 Zur Kritik an der Feststellung, dass die Umbrüche von 1989 in Mitte- und Osteuropa lediglich eine „nachholende Revolution" (Habermas) und damit eine Anpassung an „westliche Vorbilder" gewesen seien, vgl. exemplarisch Barbara Falk, The Dilemmas of Dissidence in East-Central Europe. Citizen Intellectuals and Philosopher Kings, Budapest 2003, 334–354; Winfried Thaa, Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Opladen 1996, 172–190.

Raum der Familie, der unauflöslich mit dem Konzept der beiden anderen Sphären parteistaatlicher beziehungsweise zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit verknüpft war. Indem sich die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der DissidentInnen auf vormals privatem Boden abspielten, entwickelte sich das Familienleben zu einer „privaten Privatheit". Während man in der Zivilgesellschaft unbesehen des Geschlechts den abstrakten Bürgerstatus hatte, dominierten in dieser „privaten Privatheit" die konventionellen Rollenmuster.[50] Und nicht nur das: indem diese Privatheit als Rückzugsraum vor dem umfassenden staatlichen Regelungsanspruch betrachtet wurde, waren diese Rollenmuster auch einer Kritik entzogen, galt doch die Frage der weiblichen Emanzipation als durch die staatssozialistische Politik kontaminiert.[51] Die angeblich ‚natürlichen' Geschlechterbilder, die in dieser Privatsphäre dominierten, hatten damit eine eminent symbolische Bedeutung, indem sie die gute gesellschaftliche Ordnung jenseits der parteilichen Vorgaben repräsentierten. Während also abstrakte Bürgerrechte allen BürgerInnen der Zivilgesellschaft zustanden, hatte die geschlechtliche Codierung der Privatsphäre eine symbolische Funktion. Diese war nicht nur gegen die staatssozialistische paternalistische Fürsorgepolitik gerichtet; sie war darüberhinaus notwendig, um eine Trennlinie zwischen der neuen zivilgesellschaftlichen Gegenöffentlichkeit und einer durch diese konstruierten Privatheit zu markieren.[52] In einer solchen Konstellation war es unmöglich, das Private als das Politische zu deklarieren, wäre damit doch die Ordnung des Beziehungsgefüges zwischen Zivilgesellschaft und Privatheit gestört worden.

6. Fazit

Kehrt man an den Ausgangspunkt des Aufsatzes zurück und reflektiert die Wahrnehmung des Schlüsseljahres 1968 vor dem Hintergrund der Erfahrungen des politischen Umbruchs in Mittel- und Osteuropa im Jahr 1989, so bleibt festzuhalten, dass Geschichte und Gedächtnis auch in diesem Fall nicht zu trennen sind. Die Rezeption der vielfältigen Protestbewegungen wird gebrochen durch das Prisma, durch welches sie

50 Vgl. Falk, Dilemmas, wie Anm. 49, 325f.

51 Vgl. dazu Susan Gal u. Gail Kligman, The Politics of Gender After Socialism: a Comparative-Historical Essay, Princeton 2000, 52f; für die DDR Ina Merkel, Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka u. Hartmut Zwahr Hg., Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, 359–382, 372; für Ungarn Goven, Gender, wie Anm. 14.

52 Zur Spezifik der Unterscheidung „öffentlich/privat" im Staatssozialismus vgl. Susan Gal, Language Ideologies Compared: Metaphors of Public/Private, in: Journal of Linguistic Anthropology, 15, 1 (2005), 23–37; dies., A Semiotics of the Public/Private Distinction, in: Joan W. Scott u. Debra Keates Hg., Going Public. Feminism and the Shifting Boundaries of the Private Sphere, Urbana/Champaign 2004, 261–277; Peggy Watson, Civil Society and the Politics of Difference in Eastern Europe, in: Joan W. Scott, Cora Kaplan u. Debra Keates Hg., Transitions, Environments, Translation. Feminisms in International Politics, New York/London 1997, 21–29.

jeweils betrachtet werden. Im Fall der ostmitteleuropäischen Länder ist dies das Prisma der Dissidenz, die einen maßgeblichen Anteil am Niedergang oder Sturz des Staatssozialismus hatte. Gerade aufgrund dieser Determinierung der Wahrnehmung durch die jeweilige Beobachterposition ist es wichtig, eine synchrone Betrachtung von 1968 vorzunehmen, die nicht einer Teleologie verfällt und in 1968 im östlichen Europa lediglich die Vorstufe einer 1989 vollendeten Demokratisierung sieht.

Eine geschlechtersensible Perspektive könnte viel zu einer solchen synchronen Betrachtung beitragen. Politische Diskurse des Jahres 1968, die um das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit kreisen, adressierten Fragen der Geschlechterordnung implizit, häufig auch explizit. Auch in Ostmitteleuropa wurde in den 1960er Jahren verstärkt nach einer Einbeziehung der Kategorie Geschlecht in die ebenfalls herrschaftskritischen Machtanalysen gesucht. Das Verschwinden dieser Kategorie aus dem politischen Diskurs der ostmitteleuropäischen DissidentInnen gilt es zu historisieren und nicht einfach in eine Meistererzählung universaler Bürgerrechte einzubauen. Die Zivilgesellschaft, die von den historischen AkteurInnen als herrschaftskritischer Gegenentwurf zum staatsozialistischen System entwickelt wurde, sollte daher nicht in ahistorischer Perspektive betrachtet werden. Sie ist kein „absoluter politischer Raum", der in das Pantheon der politischen Kultur Europas aufgenommen und dort unhinterfragt gewürdigt werden kann, sondern stellt ebenfalls ein „spezifisches soziales Gefüge von Machtbeziehungen" dar.[53] Ganz ähnlich wie in den Demokratisierungsbestrebungen des ‚westlichen' 1968 blieb und bleibt die Kategorie Geschlecht maßgeblich für die jeweilige Verortung in den jeweiligen Machtkonstellationen. Gesellschaftliche Institutionen und Räume sind generell durch Genderregime strukturiert, ja häufig werden sie erst durch geschlechtliche Zuschreibungen hergestellt.[54] Dieses Faktum gilt es für die Reformprojekte der 1968er im westlichen wie im östlichen Europa ebenso wie für die Entwürfe der DissidentInnen der 1970/80er Jahre offen zu legen.

53 Watson, Society, wie Anm. 52.

54 Vgl. Robert W. Cornell, Gender and Power, Cambridge 1987, 119ff; Joan W. Scott, Gender: a Useful Category of Historical Analysis, in: dies., Gender and the Politics of History, New York 1988, 28–50.